

3. Grundlagen

3.1 Historische Entwicklung

3.1.1 Von der Mietskaserne zur Gartenstadt

Ende des 19. Jahrhunderts herrschten Enge, Wohnungsnot und prekäre hygienische Zustände in den deutschen Großstädten (SCHRÖTELER-VON-BRANDT, 2014, S. 128–130; vertiefend dazu u.a. auch HEGEMANN, 1930). Sowohl Vertreter:innen einer restaurativen als auch einer progressiven Stadtplanung sahen Anfang des 20. Jahrhunderts Handlungsbedarf für eine »Neuordnung der Großstadt« (FEHL, 1990, S. 61–62). Die Zeilenbausiedlung entwickelte sich aus dieser Situation heraus und stellt einen Gegenentwurf zur dicht bebauten, historistischen Stadt dar.

Nicht anders sahen die Wohnverhältnisse auch in England aus. Als Alternative zu Groß-London entwickelte Ebenezer Howard das 1898 publizierte Gartenstadtmodell, in dem sich auch das Raumverständnis Camillo Sittes wiederfindet (vgl. HOWARD, 1898 und SITTE, 1889). Die erste englische Modellstadt, Letchworth Garden City, entstand ab 1903 (KIEß, 1969, S. 384). Im Jahre 1902 wurde die »Deutsche Gartenstadtgesellschaft« gegründet; die ersten deutschen Entwürfe, die Gartenstädte Marga in Brieske und Am Rangierbahnhof in Nürnberg (JONAS, 2009, S. 93–95), wurden ab 1907 realisiert – allerdings nicht als autark gedachte Städte wie in England, sondern als Stadterweiterungen mit suburbanem Charakter (KIEß, 1969, S. 463). Die bekanntesten dieser Gartenstädte sind Hellerau bei Dresden, deutlich unter englischem Einfluss ab 1908 von Heinrich Tessenow und anderen entworfen, sowie die Margarethenhöhe in Essen, die ab 1909 unter der Leitung von Georg Metzendorf entstand.

3.1.2 Das Neue Bauen

Während und nach dem Ersten Weltkrieg spitzte sich die Wohnsituation der deutschen Großstädter:innen durch das Einstellen sämtlicher (Wohn-)Bau-tätigkeit und die Zerstörung von Wohnraum weiter zu (BLUMENROTH, 1975, S. 161). In Deutschland, aber auch international, wurden immer mehr antiurbane Manifeste veröffentlicht, um alternative Städtebaukonzepte und Gedankenexperimente zur »großstädtischen Lebensweise als solche« aufzuzeigen (SCHRÖTELER-VON-BRANDT, 2014, S. 128, vertiefend dazu auch TAUT, 1920, und LE CORBUSIER, 1931).

Zum Erreichen des dringenden baupolitischen Ziels der Weimarer Republik, bedarfsgerechten Wohnraum für eine breite Masse der Bevölkerung zu schaffen, wurde die sogenannte Hauszinssteuer eingeführt, die die Gründung von Wohnbaugenossenschaften ermöglichte (KÄHLER, 1985, S. 224–225). Dadurch ließ sich eine große Zahl an Wohnungen aus einer Hand errichten. Serielle Vorfertigung und die Typisierung von Bauteilen beschleunigten und rationalisierten den Bauprozess zusätzlich (KÄHLER, 1985, S. 214). Homogene Grundrisse sollten die sozialen Unterschiede ausgleichen. Allseitige Belichtung und Belüftung ermöglichen auch für die weniger begünstigte Bevölkerung gesundes Wohnen. Das Ziel war eine »Stadt der Hygiene zum niedrigen Preis« (STELLA, 1983, S. 403).

Deutschlandweit wurden in der kurzen Periode von 1925 bis 1933 die wichtigsten und stiltypischsten Reformsiedlungen gebaut. Hierzu zählen in Berlin die Hufeisensiedlung (1925–33), Onkel Toms Hütte (1926–31), die Weiße Stadt (1928–31) und die Großsiedlung Siemensstadt (ab 1929), die Siedlung Georgsgarten in Celle (1926–27), die Weißenhofsiedlung in Stuttgart (1927), die Siedlung Römerstadt in Frankfurt a.M. (1927–28) sowie die Siedlung Dammerstock (1928–29) in Karlsruhe.

Bereits innerhalb dieser Abfolge der Siedlungen lässt sich die Entwicklung hin zu einer immer rationaleren Bauweise ablesen. So zeigen sich Scharouns Zeilenbauten der Berliner Siemensstadt weit weniger pittoresk als noch wenige Jahre zuvor die Planung der Taut'schen Hufeisensiedlung (SCHRÖTELER-VON-BRANDT, 2014, S. 198). Ernst May setzte auf Stadttaufüllung und Trabantenstädte nach dem Prinzip der Funktionstrennung (KÄHLER, 1985, S. 329–330). Zwischen 1925 und 1930 wurden in Frankfurt a.M. etwa zwanzig Siedlungen nach den Ideen des Neuen Bauens umgesetzt. Auch May setzte sich während eines zweijährigen Aufenthalts in England mit den Prinzipien der Gartenstadt auseinander – dieser Einfluss lässt sich in den

Entwürfen für Frankfurt a.M. bis 1928 noch deutlich ablesen (PANERAI ET AL., 1985, S. 176). Am Beispiel der Siedlung Bruchfeldstraße (»Zickzackhausen«; 1926–27) sind eine städtebauliche Hierarchie um eine zentrale Anlage und das Formen der einzelnen Baukörper erkennbar, für die es keine hygienische Notwendigkeit im Sinne des rationalen Bauens gab. Mit der Fertigstellung der Römerstadt 1928 wurde Frankfurt a.M. erstmalig nach dem Trabantenprinzip erweitert (KÄHLER, 1985, S. 230–231). An der später entstandenen Siedlung Westhausen (1929–30) zeigt sich eine deutlich rationalere Konzeption von Gebäuden und Straßenräumen.

3.1.3 Haselhorst bis CIAM

Ein weiterer Meilenstein für die Schaffung seriell gefertigten Wohnraums für die breite Masse war der Wettbewerb der Haselhorster Reichsforschungsiedlung im Jahr 1928. In den Leitsätzen des Haselhorster Wettbewerbs – die jedoch erst nach Abgabe der Beiträge veröffentlicht wurden – positionierte sich die Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen (RFG) zu einem neuen Städtebau:

»1. Allseitige Blockumbauung für Kleinwohnungen wird als den neuzeitlichen Grundsätzen des Städtebaus widersprechend abgelehnt. An ihre Stelle tritt der Zeilenbau, weil er bei besserer Durchlüftung eine gleichgünstige Sonnenlage für alle Wohnzeilen sichert. [...]
7. Die wirtschaftlichste Form für die Anordnung der Wohnungen wird im Reihenbau erblickt. [...]«
BIENERT, 2015, S. 31

Der Siegerentwurf von Walter Gropius und Stephan Fischer verfolgte konsequent dieses Konzept, auch wenn schließlich nicht Gropius' bevorzugte Variante zur Umsetzung ausgewählt wurde. Er hatte 10- bis 12-stöckige Scheibenhochhäuser favorisiert; errichtet wurden stattdessen die heute als klassische Zeilenbebauung angesehenen Gebäude (BIENERT, 2015, S. 31–33 und GIEDION, 1976, S. 493–494).

Ebenfalls 1928 fand der erste Congrès Internationaux d'Architecture Moderne (CIAM) auf Schloss La Sarraz in der Schweiz statt. In der gemeinsamen Erklärung zur Gründung tauchte der Begriff der Funktion im Zusammenhang mit Städtebau auf: Wohnen, Arbeiten und Erholung sollten getrennt werden, Mischnutzung wie in der gewachsenen Stadt entfallen. In den beiden Kon-

gessen der Folgejahre beschäftigten sich die Teilnehmenden mit den Themen »Wohnen für das Existenzminimum« und »Rationelle Bebauungsweisen«. Im vierten Kongress traten die funktionalen Überlegungen des ersten Kongresses wieder deutlicher in Erscheinung und wurden durch die Funktion Verkehr ergänzt. Spätestens ab diesem Zeitpunkt war der Funktionalismus innerhalb des Fachpublikums in aller Munde, jedoch nicht über Kritik erhaben: Die Trennung der Funktionen sei zu kurz gedacht und würde die Diskussion der Synthese vernachlässigen (POERSCHKE, 2014, S. 178).

3.1.4 Nationalsozialismus und Wiederaufbaustab

Ab 1933 fand in Deutschland eine Wende für den progressiven Wohnungs- und Städtebau statt: Mit der Gleichschaltung folgte eine Auflösung von Ge-nossenschaften, die Vertreter:innen des Neuen Bauens emigrierten oder ordneten sich in die Reihen der Nationalsozialist:innen ein. Es folgte eine Umwidmung von Ideologie und Typologien der neuen Siedlungen zu nationalsozialistischen Zwecken: Der Siedlungsbau wurde als »NS-Siedlungszelle« in das Organisationsprinzip der NSDAP überführt (DÜWEL, 2019, S. 34–35). Ein »Netz von Kleinstädten als Land-Stadt-Zellen mit 12.000 bis 24.000 Einwohnern« war das Ideal – der vollkommenen Entstädterung stand jedoch die Rüstungsindustrie mit ihrem priorisierten Einzug an Arbeitskräften entgegen (SCHRÖTELER-VON-BRANDT, 2014, S. 202–204).

Zwischen 1940 und 1943 wurden die Grundsteine eines sozialen Wohnungsbaus für die Zeit nach dem Krieg gelegt. Bereits 1944 stellten Johannes Göderitz, Hans Bernhard Reichow und viele ihrer Kollegen Konzepte für den Wiederaufbau unter der Leitung von Albert Speer fertig. Die Konzepte, die so auch für den »Lebensraum im Osten« gedacht waren, wurden nach dem Krieg in den zerstörten Teilen Deutschlands umgesetzt, lediglich – wenn auch nicht vollständig – von ideologischen Begrifflichkeiten bereinigt: Hans Bernhard Reichow veröffentlichte im Jahr 1948 »Die organische Stadtbaukunst« und 1959 »Die autogerechte Stadt«. Johannes Göderitz, Roland Rainer und Hubert Hoffmann publizierten 1957 das Konzept der »gegliederten und aufgelockerten Stadt«. Auch hier wurde wieder eine zahlenmäßige Idealvorstellung für »Nachbarschaften« (4.000 bis 6.000 Einwohner:innen), »Stadtzellen« (16.000 Einwohner:innen), »Stadtbezirke« oder »Stadtteile« (jeweils 3 bzw. 4 »Stadtzellen«) veranschlagt (GÖDERITZ ET AL., 1957, S. 24–25).

3.1.5 Nach dem Krieg

Zu den wichtigsten Zielen des sozialen Wohnungsbaus der unmittelbaren Nachkriegszeit zählte die Versorgung der breiten Massen mit Wohnraum, der ein Mindestmaß an Größe und Ausstattung aufwies. Im Gegensatz zur Weimarer Republik lag das Augenmerk des sozialen Wohnungsbaus nun nicht mehr hauptsächlich auf der einkommensschwachen Bevölkerung: Die Kriegszerstörungen hatten für eine Demokratisierung der Wohnungsnot gesorgt. Staatlich geförderte Wohnraumversorgung sollte sich insbesondere Methoden der Standardisierung bedienen, um so besonders schnell und kosteneffizient bauen zu können.

Das Ende des Zweiten Weltkriegs ging mit einem architekturtheoretischen und städtebaulichen Vakuum zwischen Rückbesinnung und Neuorientierung einher. Die Akteur:innen spalteten sich in Vertreter:innen des Traditionalismus und der Moderne (WEIßENMAYER, 2016, S. 124–126). Während die einen sich für den Wiederaufbau, die Rekonstruktion und in den komplett zerstörten Bereichen für eine Rückbesinnung auf ländliche Strukturen stark machten, sahen die anderen die Möglichkeit, die Ideen der Vor- und Zwischenkriegsjahre im großen Stil umsetzen zu können. Gerade in den Innen- und Altstadtbereichen kollidierten die unterschiedlichen Bestrebungen und Ansätze.

3.1.6 Stadtlandschaften

Die am Stadtrand gelegenen Neubaugebiete machten die Entscheidungsfindung wesentlich leichter: Das hier hauptsächlich umgesetzte Leitbild der Stadtlandschaft versteht sich als »rigorose Gegenbewegung zum Monumentalismus der Nationalsozialisten« (WEIßENMAYER, 2016, S. 125). Unter Bezugnahme auf den CIAM-Kongress von 1929 und dessen Thema »Wohnen für das Existenzminimum« orientieren sich die monofunktionalen Grundrisse an den mindestens notwendigen Raumgrößen. Durch diese Vorgehensweise konnten die Gebäude normiert und standardisiert erbaut werden, die einzelnen Räume sind klaren und ausschließlichen Nutzungen zugeordnet (LORBEK ET AL., 2005, S. 32). Auch beim ECA-Wettbewerb (Economic Cooperation Administration) 1951 wurden weitgehend Zeilenbauten umgesetzt. Mit Mitteln des Marshallplans sollten in 15 Städten innovative Siedlungen als Katalysator für die deutsche Bauwirtschaft entstehen – die Wohneinheiten waren dabei auf 50 m² begrenzt (SCHRÖTELER-VON-BRANDT, 2014, S. 231).

Offene, fließende Grünräume, Siedlungszellen und Zeilenstrukturen sollten die alten Gegensätze von Stadt und Land überwinden (TRÖGER, 2017, S. 179). Die neuen Siedlungen entstanden hauptsächlich auf großen, zusammenhängenden Flächen, häufig in der städtischen Peripherie. Mancherorts – z.B. in Frankfurt a.M. – gab es auch im innerstädtischen Bereich Flächen, die diese Voraussetzungen erfüllten: Sie sollten sich in einer Hand befinden, um so die langwierigen und schwierigen Verhandlungen bei kleinteiligen Eigentumsstrukturen zu umgehen (TRÖGER, 2017, S. 225). Diese als »Antithesen zur gewachsenen Stadt« (STELLA, 1983, S. 407) gebauten Nachbarschaften grenzen sich bis heute sowohl durch ihre bauliche Form als auch ihre Anordnung innerhalb des Stadtgefüges ab. Ihnen wird eine »Suburbanisierung der Stadtränder« und Milieubildung innerhalb der Stadt angelastet (FRANK ET AL., 2017, S. 107).

3.1.7 Housing Areas

Zwischen 1939 und 1950 wuchs die Bevölkerung auf dem heutigen deutschen Staatsgebiet um mehr als acht Millionen Menschen an – ein Großteil davon waren Vertriebene aus den ehemaligen Ostgebieten (STAUB, 2017, S. 77). Um der dringenden Wohnungsnot – verschärft durch die Kriegszerstörungen – zu begegnen, unterstützten die USA mit dem Marshallplan den Wiederaufbau in Deutschland und leisteten Entwicklungshilfe (STAUB, 2017, S. 78). Neben den Personen mit zerstörtem Wohnraum und den Kriegsvertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten kam nach dem Zweiten Weltkrieg eine weitere Gruppe hinzu, die Wohnraum benötigte: Durch den anschwellenden Konflikt mit der Sowjetunion und den Grenzverlauf innerhalb Deutschlands schätzte die NATO eine dauerhafte Militärpräsenz für den Eskalationsfall als notwendig ein. Die Soldaten und ihre Familie wurden für die Zeit ihrer Stationierung in sogenannten Housing Areas untergebracht, die häufig als Stadtrandsiedlungen oder in Kleinstädten entstanden.

Auch die stationierten Streitkräfte benötigten Wohnraum. Während der Besatzungszeit von 1945 bis 1949 wurden die alliierten Soldat:innen vorerst in Kasernen und Privatwohnungen untergebracht. Mit Aufziehen des Kalten Krieges und aufgrund der potenziell langfristigen Stationierung in Deutschland begann das US-Militär ab 1950 mit eigenen Baumaßnahmen. Angehörige konnten dadurch ihre Familien für mehrjährige Aufenthalte mit nach Deutschland bringen.

Während strukturschwache Gemeinden wirtschaftlich durch die neuen Standorte gestärkt werden sollten, gestaltete sich die »Landbeschaffung für militärische Zwecke« in dicht besiedelten Gebieten wesentlich schwieriger (MÜLLER, 2014, S. 11). Ab 1957 sorgte das »Landbeschaffungsgesetz« dafür, Flächen für militärische Zwecke leichter bereitzustellen – wenn nötig auch durch Enteignung (MÜLLER, 2014, S. 12). Wie für die Zivilbevölkerung bot sich eine Siedlungstypologie und -struktur auch für die Herstellung neuen Wohnraums für die Alliierten an.

Die landläufig als »Ami-Siedlung« bekannte Typologie unterscheidet sich kaum von der klassischen, zivilen Nachkriegs-Zeilensiedlung. Lediglich die Größe und Anordnung der Grundrisse ändert sich: Bei den Housing Areas sind die Wohnungen weitläufiger und offener, mit mehr Zimmern und einer leicht anderen Raumaufteilung. Der Flur als Eingangsbereich ist kürzer und offener gestaltet – man betritt direkt einen größeren Raum, der häufig Wohn- und Essbereich verbindet.

In der Platensiedlung in Frankfurt a.M. verteilen sich auf 80 bis 115 m² drei Schlafzimmer, zwei Bäder sowie ein Wohnzimmer mit Essbereich, angegliedert an eine offene Küche. Die Grundrisse wurden nach einem weltweiten Typenprogramm des US-Militärs standardisiert geplant (SCHWIDDESEN, 2011). Eine autarke Infrastruktur ergänzt die Siedlungen mit Kindergärten, Schulen und Spielplätzen. Typisch waren auch die Barbecue-Plätze, von denen bei nachträglicher Umstrukturierung der Außenanlagen einige entfernt wurden.

Zum Teil wurden Housing Areas aber auch als Bungalowsiedlungen geplant – so zu sehen in der Dreipfuhlsiedlung in Berlin-Dahlem. Während in der frühen Bauphase primär für den HICOG-Rang gebaut wurde (»High Commissioner of Germany« – Hohe Kommissare), folgten später auch Wohnbauten für NCOs (»Non-Commissioned Officer« – Unteroffiziere). Alleinstehende Militärangehörige wurden in Kasernen untergebracht, die meist auch an die Zeilenbautypologie erinnern, jedoch in ihrer Tragstruktur anders aufgebaut sind.

Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung waren noch etwa 500.000 alliierte Soldat:innen in Deutschland stationiert. Nach dem Abzug eines Großteils der Streitkräfte wurden zahlreiche Militärstandorte einer Nutzungsänderung unterzogen. Konversion beschreibt den »Prozess der Umwandlung bisher militärisch gebundener Kräfte für zivile Zwecke«, hierbei primär bezogen auf die »Liegenschafts- und Standortkonversion« (MÜLLER, 2014, S. 27). Im Fall der amerikanischen Siedlungen in Frankfurt a.M. wurde bereits vor Baubeginn in

einem »Letter of Friendship« die Übergabe und Weiternutzung an und durch die Stadt Frankfurt vereinbart (CHADBOURN, 1951, S. 19).

3.1.8 Nachkriegsmoderne in der Kritik

Der Siedlungsbau der 1950er Jahre kann als die letzte Phase des Neuen Bauens und der wohnungspolitischen Motivation der Weimarer Republik, mit einem Umweg über den faschistischen Städtebau, angesehen werden (HOFFMANN-AXTHELM, 1981, S. 16). Bereits in den Jahren seiner Erbauung geriet er in die Kritik, wurde als »monoton und menschenfern« bezeichnet (TRÖGER, 2017, S. 86). Nicht nur den Konzepten der Nachkriegsmoderne, sondern auch denen des Wiederaufbaus attestierte hingegen Hillmann das Steckenbleiben zwischen »gänzlicher Erneuerung« und »gänzlicher Rekonstruktion« (HILLMANN, 2011, S. 254–255). Er beklagt außerdem die »Serialität und Durchschnittlichkeit der Massenproduktion von Architektur« (HILLMANN, 2011, S. 40).

Chermayeff und Alexander beschrieben den Siedlungsbau folgendermaßen:

»Auf der Suche nach einer Verschmelzung des von Menschen Geschaffenen mit der Natur, die besser ist als die Vorstadt, haben die Städteplaner nun begonnen, vorstädtisches Niemandsland durch städtisches Niemandsland zu ersetzen [...] Obwohl der Einfall zunächst großartig zu sein schien, hat sich die Wirkung solch verstreuter Grünflächen als illusorisch erwiesen. Sie sind nicht groß genug, um öffentliche Parks zu sein, und nicht klein genug, um die intimen Freuden eines eigenen Gartens zu vermitteln. Alles gehört jedem, und so gehört eigentlich niemandem etwas, und niemand hat Freude daran. Besitz, Verwaltung und Instandhaltung der Grünflächen sind weder spezifisch öffentlich noch spezifisch privat.«

CHERMAYEFF & ALEXANDER, 1971, S. 60

»An die Stelle der kollektiven Erinnerung« trat laut Oswald Mathias Ungers die »Siedlung, die anonyme, gesichtslose, nach Funktionen getrennte Siedlung, die alles überwuchert«. »Die Anonymität der funktionsgerechten Organisation der Umwelt« sei »ohne Zentrum, ohne Höhepunkt und ohne Differenzierung« (UNGERS, 1983, S. 76). Auch zur Stadtreparatur lautete sein Ansatz: »Statt zu reparieren sollte man die Widersprüche des Ortes erkennen und akzeptieren und im Entwurf poetisieren.« (UNGERS, 1983, S. 33).

3.1.9 Vor- und Rückblicke

Der Städtebau der Nachkriegszeit wandte sich bald einer Weiterentwicklung der Zeilensiedlung zu und es folgte die Ära »Urbanität durch Dichte«. Eine stärkere Gliederung, mehr Struktur und höhere Dichten sollten eine urbane Atmosphäre mit dem Grundsatz des durchgrünten Wohnens verbinden. Die Ablehnung der Großstadt war überwunden – verdichtete Ladenzeilen und ausdifferenzierte Höhenentwicklungen ließen ein urbanes Lebensgefühl in den Siedlungen einziehen (TRÖGER, 2017, S. 107). Die Geschossflächenzahl stieg, während die Grundflächenzahl niedrig blieb. Auch im Außenraum war eine deutliche Veränderung zur klassischen Zeilensiedlung zu spüren: Während die Großwohnkomplexe der Vertreter:innen der »Urbanität durch Dichte« Fußgängerbereiche mit einer dichten Interaktionsstruktur aufwiesen, waren die Freiflächen der Zeilensiedlungen weitläufig, ohne vorgegebene Nutzungsmöglichkeiten (BECKMANN, 2015, S. 13).

Die Entwicklung der Zeilensiedlung zog sich kriegsbedingt über mehrere Jahrzehnte hin. In dieser Zeit wurde sie ideologisch immer wieder unterschiedlich aufgeladen und ästhetisch neu bewertet. Kaum waren die Siedlungen massenhaft gebaut, war ihr Ruf schon in Kritik geraten. Ihre visionären Ursprünge erahnen die heutigen Bewohner:innen kaum noch.

3.2 Typologische Einordnung

3.2.1 Zeilensiedlung

Die Zeilensiedlung ist erkennbar an einer linearen oder geschwungenen städtebaulichen Anordnung von langgestreckten Mehrfamilienhäusern auf einer großmaßstäblichen Parzelle. Die einzelnen Gebäude verteilen sich gleichmäßig auf dem Grundstück und bilden entweder einen linearen, geknickten oder verspringenden Fußabdruck aus. Vogel und Müller beschreiben die verschiedenen Formen der Zeilensiedlungen in ihrem Baukunst-Atlas: »*Einfachzeilen, Doppelzeilen, Schrägstellung, Staffelung* und ihre Kombination führen zu rhythmischen Gruppierungen und verschiedenen Raumbildungen und damit zu einer Abwechslung im Stadtbild« (VOGEL & MÜLLER, 1981, S. 529). Teilweise verkürzen sich die Gebäude zu den Siedlungsgrenzen hin oder ändern ihre Geschossigkeit. Die Parzellen weisen eine mittlere Bebauungsdichte auf. Die Mehrzahl der Häuser ist in Nord-Süd- oder angeschrägter Ausrich-